

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 13.02.2014 im Kreishaus Borken

Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 19:27 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Dr. Kai Zwicker Landrat

Mitglieder:

Eckart Ballenthin	Stadtlohn	
Barbara Büscher	Stadtlohn	
Hans-Georg Fischer	Ahaus	
Magdalene Garvert	Rhede	
Markus Jasper	Heek	
Markus Krafczyk	Bocholt	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Gerhard Ludwig	Borken	bis TOP 17, 19:25 Uhr
Johannes Maus	Velen	
Maja Saatkamp	Borken	Vertretung für Gertrud Welper
Bernd Schöning	Stadtlohn	
Markus Schulte	Gronau	
Silke Sommers	Bocholt	
Jens Steiner	Heek	
Jörg von Borczyskowski	Gronau	
Christel Wegmann	Rhede	

Gäste:

Veronika Droste	Vertreterin zdi-Zentrum Kreis Borken
Dr. Heiner Kleinschneider	Geschäftsführer WFG für den Kreis Borken mbH

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster	Kreisdirektor	
Dr. Hermann Paßlick	Ltd. Kreisrechtsdirektor	ab TOP 4, 18:40 Uhr
Hubert Grothues	Ltd. Kreisbaudirektor	
Wilfried Kersting	Kreiskämmerer	
Walter Alfert		
Karlheinz Gördes		
Markus Prangenberg		
Doris Gausling		
Kirsten Bertling		
Katrin Gellenbeck		

schlägt er vor, den inhaltlich eng mit dem Antrag 11-02 zusammenhängenden TOP 13 der Kreisausschusssitzung hier direkt in die Diskussion einzubeziehen. Der Kreisausschuss stimmt dem Vorschlag zu.

Kreiskämmerer Kersting weist darauf hin, in der Veränderungsliste (Anlage 1) sei neben den in der Vorlage erläuterten Verbesserungen auch das aktuelle Heubeck-Gutachten berücksichtigt.

Die Beratung der Haushaltsanträge der Fraktionen wird anhand der Liste der Änderungsanträge für den Kreisausschuss, Stand 13.02.2014 (Anlage 3) vorgenommen.

Anträge 01-01 – Hilfe bei Pflegebedürftigkeit

(zusammengefasst mit 01-03 und Ex-02)

einstimmig

→ **Antrag angenommen**

Antrag 01-02 – Mitfinanzierung einer halben Stelle für eine Bürokräft bei der Verbraucherzentrale in Gronau

In den Kreisen Coesfeld und Warendorf würden die Verbraucherzentralen finanziell unterstützt, im Kreis Wesel sei dies ab 2015 ebenfalls geplant, merkt Kreisausschussmitglied Lindenhahn an.

Kreisausschussmitglied von Borczyskowski gibt zu Bedenken, durch die Unterstützung des 25-jährigen Jubiläums der Verbraucherzentrale in diesem Jahr könne der Kreistag ein wichtiges Zeichen setzen.

Ihre Fraktionen hielten ihre Haltung zu diesem Thema, das bereits ausreichend diskutiert worden sei, aufrecht, zumal es keine neuen Erkenntnisse gebe, die gegen diese Auffassung sprechen würden, erklären die Kreisausschussmitglieder Lindenhahn, Steiner und Schulte.

7 Ja-Stimmen

10 Nein-Stimmen

→ **Antrag abgelehnt**

Antrag Ex-03 – Antrag auf Erhöhung des Kreiszuschusses für die Aidshilfe Westmünsterland e.V.

Landrat Dr. Zwicker lässt über den im Fachausschuss geänderten Antrag abstimmen.

einstimmig

→ **Antrag angenommen**

Antrag 05-01 – Antrag auf Unterstützung des Jubiläumswochenendes des/der Künstlerdorfes Schöppingen, Landesmusikakademie NRW in Heek, Gronauer rock'n'popmuseums

einstimmig

→ **Antrag angenommen**

Antrag 06-01 – Antrag auf zentrales Klimaschutzmanagement

Kreisausschussmitglied Saatkamp macht deutlich, um klimaautark zu werden, sei das zentrale Klimamanagement ein wichtiges Instrument. Zum einen müsse das Handeln der Verwaltung noch stärker gesteuert, zum anderen müssten mehr Akteure eingebunden werden, um das Ziel der CO₂-Einsparung bis 2020 erreichen zu können. Daher sei der Antrag im Ausschuss für Umwelt nicht zurückgezogen worden. Es müsse frühzeitig begonnen werden, um keine Zeit zu verschenken, ergänzt Kreisausschussmitglied Steiner.

Die Kreisausschussmitglieder Schulte, von Borczyskowski und Lindenhahn stellen klar, der Antrag werde nicht inhaltlich abgelehnt, lediglich der Zeitpunkt sei unpassend. Zunächst soll-

ten der Verlauf und das Ergebnis des European Energy Award (eea) abgewartet werden, der möglicherweise in einen Managementprozess übergehen könne.

Ob für dieses Vorhaben wirklich zwei neue Stellen erforderlich seien, erkundigt sich Kreisausschussmitglied von Borczyskowski. Die UWG-Fraktion sei der Ansicht, inhaltlich könne auch das derzeitig verfügbare Personal das Projekt stemmen. Kreisausschussmitglied Steiner erwidert, es müssten nicht zwingend zwei neue Stellen eingerichtet werden, eine Umorganisation zugunsten des Vorhabens sei ebenfalls denkbar.

Sofern die Einrichtung neuer Stellen doch nicht gefordert werde, müsse der Antrag entsprechend geändert werden, gibt Landrat Dr. Zwicker zu Bedenken. Er schlägt vor, den Antrag zurückzuziehen und nach Abschluss des eea-Prozesses erneut zu beratschlagen.

Kreisausschussmitglied Steiner erklärt abschließend, seine Fraktion werde bis zur Kreistagsitzung entscheiden, ob der Antrag zur Abstimmung gestellt werde.

Dr. Zwicker stellt Einvernehmen fest, die Beratung des Antrags **ohne Beschlussempfehlung** an den Kreistag weiterzugeben.

Antrag 06-03 – Antrag auf Erhöhung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie EU-WRRL und des Klimaschutzkonzeptes des Kreises

Kreisausschussmitglied Saatkamp erläutert, die Einträge von „diffusen Quellen“ nähmen nicht hinnehmbare Dimensionen an. Die Fraktion der Grünen fordere ein aktives Angehen des Themas, vor allem eine Minimierung der mittlerweile erheblichen Grundwasserschädigung.

Zunächst solle die Aufarbeitung des Pilotprojektes Schlinge bei der Landwirtschaftskammer abgewartet werden, um mit den Erkenntnissen weiterzuarbeiten, entgegnet Kreisausschussmitglied Schulte. Daher lehne die CDU-Fraktion den Antrag ab.

2 Ja-Stimmen

15 Nein-Stimmen

→ **Antrag abgelehnt**

Antrag 07-01 – Baumwollexpress – Direkte Buslinie von Bocholt über Rhede, Burlo, Oeding, Vreden und Alstätte nach Gronau

Landrat Dr. Zwicker lässt über den im Fachausschuss geänderten Antrag abstimmen.

einstimmig

→ **Antrag angenommen**

Antrag 07-03 – Verkehrssicherheitsinitiative – Schutzengelprojekt für den Kreis Borken

Landrat Dr. Zwicker lässt über den im Fachausschuss geänderten Antrag abstimmen.

einstimmig

→ **Antrag angenommen**

Antrag 11-01 - KulturRadTour

Der Anteil des Radtourismus im Kreis Borken sei hoch, außerdem gebe es hier viele historische Sehenswürdigkeiten, berichtet Kreisausschussmitglied Saatkamp. Durch die KulturRad-Tour, die an das Kulturhistorische Zentrum angebunden werden könne, habe man die Möglichkeit, Radtouren mit kulturellem Programm zu verbinden. Ein ähnliches Projekt habe es bei der VHS Ahaus bereits gegeben.

Landrat Dr. Zwicker erklärt, für die touristische Erschließung seien der Münsterland e.V. und die Regionale 2016 – Agentur zuständig. Dort müsse das Projekt daher angesiedelt werden. Kreisdirektor Dr. Hörster fügt hinzu, man habe die Idee im Ausschuss für Kultur und Sport

beraten, mit dem Hinweis, eventuell vorhandene Radrouten um ein touristisches Rahmenprogramm ergänzen.

Auf Vorschlag von Landrat Dr. Zwicker beschließt der Kreisausschuss, den Antrag an die Regionale-Agentur weiterzureichen und ihn nicht mehr in der Kreistagssitzung zu beraten.

Antrag 11-02 – Erhöhung des Mitgliedsbeitrages für den Münsterland e.V. zur Stärkung des Regionalmarketings im Münsterland

Gemeinsam diskutiert mit TOP 13

Über die Bedeutung des Regionalmarketings für den Kreis Borken einerseits und die derzeit wenig effektive Vermarktung des Münsterlandes – vor allem im Vergleich zu anderen Gebieten wie der Metropolregion Ruhrgebiet oder der Region Ostwestfalen – andererseits bestehe Einigkeit, erklären die Kreisausschussmitglieder Schulte, Steiner und von Borczyskowski.

Vor diesem Hintergrund müsse vor allem der Nutzen des Mitgliedsbeitrages in Höhe von 292.000 Euro für den Kreis hinterfragt werden, betonen die Kreisausschussmitglieder Steiner und Ludwig. Dem stellen die Kreisausschussmitglieder Ballenthin und Schöning die Zielsetzung des Vereins gegenüber: Es sei wichtig, dass das Münsterland durch eine regionale Marketingorganisation gemeinsam nach außen auftrete. Außerdem habe der Verein nicht unbeträchtliche Fördergelder der EU ins Münsterland geholt.

Die Ergebnisse der letztjährigen Analyse des Kreises, die auch die Untersuchung möglicher Doppelstrukturen des Münsterland e.V. umfasste, werde offenkundig unterschiedlich gewertet, kritisiert Kreisausschussmitglied Steiner. Während er weiteren Untersuchungsbedarf sehe, wolle die CDU nun sogar mehr Geld in den Verein investieren. Kreisausschussmitglied Schöning sieht hingegen die Frage nach Doppelstrukturen durch die Erhebung ausreichend geklärt.

Anders verhalte es sich bei der Diskussion über die Notwendigkeit zweier Geschäftsführer für den Verein, unterstreichen die Kreisausschussmitglieder Schöning und von Borczyskowski. Landrat Dr. Zwicker erklärt dies mit der Historie: Der Verein sei durch die Zusammenfassung zweier selbständiger Institutionen entstanden. Auf Nachfrage erläutert Frau Gausling, der Bedarf von zwei Geschäftsführern sei nicht Gegenstand der Untersuchung gewesen. Kreisausschussmitglied von Borczyskowski ist sich sicher, die Verwendung der Kreismittel gerade auch für diese Führungsstruktur sei ein Grund für das schlechte Marketingergebnis.

Wegen der sehr großen Bedeutung soll das Thema Regionalmarketing im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen noch einmal separat diskutiert werden, fordern die Kreisausschussmitglieder Steiner und Lindenhahn.

Mit ihrem Antrag zur Erhöhung der Mittel im Haushalt bekenne sich die CDU-Fraktion zum Münsterland e.V. und zur Region Münsterland, erklärt Kreisausschussmitglied Schulte. Die gesamte Region werde so ein deutliches Zeichen setzen. Damit sei man auf einen entsprechenden Antrag des Vereins vorbereitet. Ursprünglich sei die Notwendigkeit zur Erhöhung der Mitgliedsbeiträge – vor den Differenzen mit der Stadt Münster – ohnehin bereits vom Verein selbst vorgebracht worden. Die Mittel sollten ja bis zu dem Zeitpunkt mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Auf Nachfrage ergänzt Landrat Dr. Zwicker, zur Aufhebung dieses Sperrvermerkes müsse selbstverständlich eine erneute Beratung im Kreistag stattfinden. Der Kreis solle lediglich, ebenso wie beispielsweise der Kreis Coesfeld, für eine Anhebung des Beitrags haushaltsmäßig gerüstet sein.

Kreisausschussmitglied von Borczyskowski hingegen sieht in der Bereitstellung zusätzlicher 36.400 € pro Jahr ebenso wie die Kreisausschussmitglieder Lindenhahn und Steiner eher eine negative Signalwirkung. Sollte der Bedarf für eine Beitragserhöhung vorhanden sein, müsse der Verein auf die Mitglieder zukommen und die Notwendigkeit der Erhöhung darlegen, auch angesichts des Überschusses im Jahr 2012. Einer vorzeitigen Erhöhung des Bei-

trages ohne einen konkreten Antrag des Vereins könne auf keinen Fall zugestimmt werden, erklären sie übereinstimmend.

Kreisausschussmitglied Lindenhahn bittet die Verwaltung, bis zur Kreistagssitzung zu überprüfen, ob die Satzung des Münsterland e.V. eine Erhöhung des Beitrags durch den Verein um 10 Cent je Einwohner rückwirkend zum 01.01.2014 überhaupt zulasse. Landrat Dr. Zwicker sichert zu, diese Frage zu klären.

Antwort der Verwaltung:

Gemäß §5 Abs. 4 Satz 2 der Satzung des Vereins zur Förderung des Münsterlandes kann die Beitragsordnung nur mit Wirkung für künftige volle Beitragsjahre geändert werden, das heißt für eine Beitragserhöhung in 2015 bedarf es einer entsprechenden Entscheidung durch den Verein, aber auch einer Mittelbereitstellung durch die Kommunen im Haushaltsjahr 2014.

Anschließend lässt er über den gemeinsamen Antrag der CDU- und FDP-Fraktion abstimmen.

10 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
→ **Antrag angenommen**

Die beabsichtigte Kürzung des Beitrages für den Münsterland e.V. seitens der Stadt Münster sei der Grund für den Antrag der SPD (vgl. TOP 13), erklärt Kreisausschussmitglied Lindenhahn. Man müsse wissen, was eine Beitragskürzung oder gar die Auflösung des Vereins für den Kreis Borken bedeute. Landrat Dr. Zwicker entgegnet, die Stadt Münster habe als Mitglied des Vereins ihren festgelegten Beitrag zu leisten.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied von Borczykowski erläutert Frau Gausling, der Verein habe etwa 400 Mitglieder, die sich im Wesentlichen aus den Kreisen, Städten und Gemeinden im Münsterland, Kammern, Kreishandwerkerschaften, Verkehrsvereinen sowie ca. 225 Unternehmen und Einzelpersonen zusammensetzten. Landrat Dr. Zwicker sagt zu, den Kreistag über die Höhe der jeweiligen Mitgliedsbeiträge zu informieren.

Antwort der Verwaltung:

Kommunale Beiträge der Münsterlandkreise und der Stadt

Münster : **1.266.005,60 €**

Berechnung: 1.582.507 Einwohner/innen x 0,80 € Mitgliedsbeitrag und Verlustabdeckung, davon Kreis Borken: 291.055,20 € (363.819 Einwohner/innen mal 0,80 €)

Anrainerkommunen: **49.275,00 €**

Bad Bentheim, Bad Waldliesborn, Haltern am See, Lippetal, Werne (98.550 E. x 0,50 €). Sie zahlen einen reduzierten Beitragssatz, weil sie früher dem „MünsterlandTouristik Grünes Band e.V.“ angehörten und seit der Fusion mit dem „Aktion MSL e.V.“ lediglich von der touristischen Vermarktung partizipieren.

Zusammensetzung der Mitgliedsbeiträge 2014 auf Basis der Beitragsordnung

Privatwirtschaft, Verbände, Institutionen, Privatpersonen

Anzahl	Beitrag	Summe	
70	105,00 €	7.350,00 €	
115	155,00 €	17.825,00 €	
68	235,00 €	15.980,00 €	
14	515,00 €	7.210,00 €	
10	770,00 €	7.700,00 €	
10	3835,00 €	38.350,00 €	
1	5000,00 €	5000,00 €	
1	10.000,00 €	10.000,00 €	109.415,00 €
Beitragsaufkommen 2014 insgesamt			1.424.695,60 €

Wenn der Münsterland e.V. einzelne Aufgabenbereiche nicht mehr wahrnehmen könne oder sollte, bzw. der Verein aufgelöst werde, habe der Kreis solche Aufgaben zu übernehmen, deren Fortführung vom Kreistag gewollt werde, erklärt Landrat Dr. Zwicker. Es sei jedoch fraglich, ob der Kreis in der Lage sei, eigenständig Regionalmarketing zu betreiben. Auch Kreisausschussmitglied Schöning warnt davor, die Aufgabe zurück nach Borken zu holen.

Frau Gausling informiert, der Münsterland e.V. betreibe für das gesamte Münsterland Regionalmarketing. Eine Abgrenzung der Rolle bzw. Aufgaben des Münsterland e.V. zu denen anderer Akteure könne der Bestandsaufnahme zum Münsterland e.V. entnommen werden (s. Anlage 2 zur Sitzungsvorlage Nr. 0038/2013).

Zudem seien in der Bestandsaufnahme die konkreten Leistungen des Münsterland e.V. in den Themenfeldern Wirtschaft und Wissenschaft, Tourismus und Kultur aufbereitet.

Hinsichtlich der dem Münsterland e.V. angegliederten Institutionen führt Herr Alfert aus, zugeordnet sei das Regionale Kulturbüro, welches aus Mitteln der Regionalen Kulturpolitik gefördert werde. Der Kreis leiste hierzu keinen gesonderten Zuschuss. Frau Gausling informiert ergänzend, die für die Arbeitsmarktregion Münsterland tätige und ebenfalls beim Münsterland angebundene Regionalagentur, über die hohe finanzielle Mittel des Landes bereitgestellt werden, arbeite mit dem Münsterland e.V. in wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Themen netzwerkartig zusammen. Der Kreis zahle für die Geschäftsführung der Regionalagentur einen Eigenanteil von 18.500 €. Die weitere Zusammenarbeit mit Dritten sei im Übrigen ausführlich in der Untersuchung dargelegt.

Bezüglich Punkt 2 des Antrages verweist Landrat Dr. Zwicker auf das zuvor Gesagte. Der gesamte Antrag der SPD-Fraktion wird übereinstimmend ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag weitergegeben.

Antrag 99-01 und 99-02 – Senkung der Kreisumlage

Die SPD-Fraktion hätte bei gleichem Wissensstand den gleichen Antrag wie die CDU-Fraktion gestellt, informiert Kreisausschussmitglied Lindenhahn.

Kreisausschussmitglied von Borczykowski stellt einen neuen Einstieg zur Ermittlung der Kreisumlage zur Diskussion: Der Kreistag solle die aus Kreissicht notwendige Höhe der Ausgleichsrücklage als Grundlage für die Beratung mit den Städten und Gemeinden bestimmen und hieraus die Höhe der Kreisumlage ableiten. Die stetige Debatte über die Notwendigkeit und die Höhe des Puffers könne hierdurch abgekürzt werden. Die UWG-Fraktion halte eine Ausgleichsrücklage in Höhe von etwa 0,5 % des Gesamthaushaltes hierbei für ausreichend.

Die Idee sei sehr interessant für das Benehmensverfahren mit den Städten und Gemeinden, findet Kreisausschussmitglied Steiner, ihre Praktikabilität müsse unterjährig aber noch diskutiert werden. Schließlich werde der Umlagesatz traditionell ohnehin schon möglichst gering gehalten.

Landrat Dr. Zwicker weist darauf hin, dass die Höhe der Kreisumlage in der Haushaltssatzung konkret festgesetzt werden müsse. Er äußert Bedenken, die Höhe der Ausgleichsrücklage langfristig festzulegen, weil man sich damit Möglichkeiten nehme, auf wirtschaftliche Situationen entsprechend zu reagieren. Mit dem bisherigen Vorgehen sei der Kreis gut gefahren, es habe hier in den vergangenen Jahren stets Einvernehmen mit den Städten und Gemeinden gegeben.

Auch Kreisausschussmitglied Schöning gibt zu bedenken, die Ausgleichsrücklage sei in der Vergangenheit bereits auf 4 Mio. Euro gesenkt worden. Bei einem konjunkturellen Abschwung sei durch den Kreis keine Hilfe für die Kommunen mehr möglich, wenn das Eigenkapital zuvor bereits nahezu aufgebraucht worden sei. Fehlbeträge im Haushalt müssten dann direkt von den Kommunen gedeckt werden.

Landrat Dr. Zwicker stellt Einvernehmen fest, den Vorschlag der UWG-Fraktion in der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Verwaltungsentwicklung zu diskutieren. Die Anträge über die Höhe der Kreisumlage würden **ohne Beschlussempfehlung** an den Kreistag weitergegeben.

Antrag 02-01 – Überprüfung und Entwicklung eines Konzeptes für die Arbeit mit jungen Intensivstraftätern

Einstimmig

→ **Antrag angenommen**

Antrag 02-02 – Förderung der elterlichen Erziehungskompetenz

Einstimmig

→ **Antrag angenommen**

Landrat Dr. Zwicker stellt Einvernehmen fest, den gesamten Beschlussvorschlag der Vorlage ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag weiterzugeben.

Punkt 3.1: Externe Anträge
Antrag der SPD-Fraktion v. 28.01.2014
Vorlage: 0049/2014

Berichterstatter/in:

Kreisausschussmitglied Lindenhahn

Landrat Dr. Zwicker erklärt, das bisherige Vorgehen sehe vor, Anträge, die nicht rechtzeitig zur Haushaltsberatung eingingen, bis zur Beratung des Folgejahres zurückzustellen.

Würden die Anträge direkt nach ihrem Eingang an die Fraktionen weitergeleitet, könne das Verfahren abgekürzt werden, betont Kreisausschussmitglied Lindenhahn. Sie könnten vor den Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen beraten werden, damit dann bereits detailliertere Informationen vorliegen. Ansonsten müsste ein Antrag zu Recherchezwecken unter Umständen noch ein weiteres Jahr zurückgestellt werden.

Kreisdirektor Dr. Hörster berichtet, die Antragsteller würden bei verspäteten Anträgen darüber informiert, dass eine Berücksichtigung zumindest im Rahmen der Haushaltsberatungen erst im nächsten Jahr möglich sei. Wenn dies dem Antragssteller ausreiche, könne der Kreis nicht gegenteilig handeln.

Landrat Dr. Zwicker hält nach Zustimmung von Kreisausschussmitglied Lindenhahn fest, dass der Antrag zurückgezogen und in der Interfraktionellen Arbeitsgruppe Verwaltungsentwicklung weiter besprochen werde.

Punkt 4: Landesentwicklungsplan – Kreis Borken – Stellungnahme zum Entwurf des LEP NRW
Vorlage: 0019/2014

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues

Die Kreisausschussmitglieder Schulte, Ludwig und Garvert loben die konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen und mit der Verwaltung.

Die Fraktion der Grünen lehne die Stellungnahme jedoch ab, da sie einigen Punkten, etwa der Bedeutsamkeit des Flächenmanagements – insbesondere unter Berücksichtigung der Initiative „Region in der Balance“ – dem Entwurf des Landesentwicklungsplans eher zustimme als der Stellungnahme des Kreises, erklärt Kreisausschussmitglied Saatkamp. Ohne Erfolg sei zudem ihr Vorschlag geblieben, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zum Schutz des Trinkwassers und Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung in die Stellungnahme aufzunehmen.

Kreisausschussmitglied Ludwig erkundigt sich, ob die teilweise sehr scharfen Formulierungen in der Stellungnahme abgemildert werden könnten. Sie wirkten auf ihn überzogen und schmälerten die Glaubwürdigkeit, da einige Behauptungen gar nicht belegbar seien. Ihrer Meinung nach seien Formulierungen in dieser Weise notwendig, da der Kreis seinen Standpunkt vor dem Land deutlich vertreten müsse, entgegenen die Kreisausschussmitglieder Garvert, Schöning, von Borczyskowski und Ballenthin. Der Landesentwicklungsplan sei zu sehr auf die Ballungszentren ausgerichtet und habe einschneidende Konsequenzen für ländliche Regionen wie den Kreis Borken. Daher müsse im Kreistag auch über Parteigrenzen hinweg Einigkeit bezüglich der Stellungnahme herrschen, um eine bedarfsgerechte Entwicklung für die heimische Wirtschaft zu ermöglichen.

Auf weitere Nachfrage von Kreisausschussmitglied Ludwig erklärt Landrat Dr. Zwicker, in einigen Formulierungen sei aus der Verwaltungssprache heraus die erste Person Singular genutzt worden. Er sagt eine Änderung der entsprechenden Formulierungen bis zum Kreistag zu.

Anschließend lässt er über die überarbeitete Vorlage abstimmen.

Beschluss: 15 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Stellungnahme zum Entwurf des Landesentwicklungsplans NRW (Entwurf Juni 2013) des Kreises Borken wird zugestimmt.

Punkt 5: Bilanz Bildungsbüro 2009 - 2013
Vorlage: 0016/2014

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Kreisausschussmitglied Fischer dankt der Verwaltung für die gute Arbeit des Bildungsbüros und aller weiteren Beteiligten sowie die hervorragende Darstellung in der Broschüre.

Der vorgelegte Bericht „Bilanz Bildungsbüro 2009 - 2013“ wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6: Abschlussbericht des Netzwerk Westmünsterland e.V. zum Projekt "Vereinbarkeit von Familie und Beruf"
Vorlage: 0052/2014

Berichterstatter/in: Landrat Dr. Zwicker

Der Abschlussbericht des Netzwerk Westmünsterland e.V. zum Projekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7: Abfallwirtschaftsplan NRW, Teilplan Siedlungsabfälle
Vorlage: 0022/2014

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues
Herr Kleyboldt

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Stellungnahme zum Entwurf des Abfallwirtschaftsplanes NRW für Siedlungsabfälle im Sinne der Sachdarstellung abzugeben.

Punkt 8: Neufassung der Satzung des Kreises Borken über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleisch- und Fischhygiene
Vorlage: 0039/2014

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag nimmt die vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung zustimmend zur Kenntnis und beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung des Kreises Borken über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleisch- und Fischhygiene.

Punkt 9: Abberufung und Bestellung von Rechnungsprüfern für die Facheinheit 14 - Revision
Vorlage: 0026/2014

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Frau Esther Hoffmann wird als Rechnungsprüferin abberufen.

Herr Marcel Entrup wird zum Rechnungsprüfer bestellt.

**Punkt 10: Straßenbericht mit Straßenbauprogramm 2014 sowie Hochbauprogramm 2014 mit Energiebericht
Vorlage: 0021/2014**

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues

Beschluss: einstimmig bei 1 Enthaltung

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Dem Straßenbericht mit dem Straßenbauprogramm 2014 sowie dem Hochbauprogramm 2014 mit Energiebericht wird zugestimmt.

**Punkt 11: Einführung einer Kommunalen Alttextilsammlung und Übertragung der Aufgabe an den Kreis Borken
Vorlage: 0018/2014**

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues
Herr Kleyboldt

Kreisausschussmitglied Schöning erkundigt sich, ob die karitativen Sammler durch die Vereinbarung faktisch doch verdrängt würden, da sie in das geplante System nicht mehr eingebunden werden könnten.

Das Verfahren sei mit den Kommunen und den karitativen Sammlern abgestimmt worden, erläutert Kreisbaudirektor Grothues. Diese hätten dem Vorhaben zugestimmt, weil es für sie unter den gegenwärtigen rechtlichen Vorgaben das „geringste Übel“ sei.

Beschluss: einstimmig bei 1 Enthaltung

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der dargestellten Einführung einer kommunalen Alttextilsammlung im Kreis Borken und der Delegation dieser Aufgabe an den Kreis Borken wird zugestimmt. Der Landrat wird beauftragt, die Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Delegation der Teilaufgabe der Durchführung des separaten Einsammelns und Transportierens von Textilien und Schuhen auf den Kreis Borken mit den interessierten Kommunen im Kreis Borken abzuschließen.

**Punkt 12: Umweltbildungshaus
Antrag der Fraktion B90/Die Grünen vom 27.01.2014
Vorlage: 0045/2014**

Berichterstatter/in: Kreisausschussmitglied Saatkamp

Das Umweltbildungshaus könne im neuen Gebäude des Tiergartens Raesfeld angesiedelt werden, um das Gebäude besser zu nutzen und die Umweltveranstaltungen dort zu bündeln, schlägt Kreisausschussmitglied Saatkamp vor.

Auf Anregung von Kreisausschussmitglied Schulte wird der Antrag unter Zustimmung aller Kreisausschussmitglieder zunächst an den Ausschuss für Umwelt zurück verwiesen.

**Punkt 13: Münsterland e.V.
Antrag der SPD-Fraktion v. 28.01.2014
Vorlage: 0051/2014**

Berichterstatter/in: Kreisausschussmitglied Lindenhahn

Einvernehmlich wurde dieser Tagesordnungspunkt bereits in die Beratung des Haushaltsantrages 11-02 mit einbezogen. Auf diese wird an dieser Stelle verwiesen.

Punkt 14: Anträge zur Weitergabe von Informationen

Punkt 14.1: Abfragen bei den Kommunen
Antrag der SPD-Fraktion v. 28.01.2014
Vorlage: 0048/2014

Punkt 14.2: Zeitnahe Vorlage der relevanten Beschlüsse aus der Bürgermeisterkonferenz
Antrag der SPD-Fraktion v. 28.01.2014
Vorlage: 0050/2014

Berichtersteller/in: Kreisausschussmitglied Lindenhahn

Die Abfragen des Kreises bei den Kommunen und deren Ergebnisse sollten die Fraktionen zeitnah erhalten, um im Vorfeld von Sitzungen mit den Kommunen beratschlagen zu können, fordert Kreisausschussmitglied Lindenhahn. Landrat Dr. Zwicker erklärt, die Abfragen seien keine Angelegenheit des Kreistages. Es handle sich lediglich um eine interne Abstimmung zur Organisation des Verwaltungshandelns.

Auch auf Weitergabe der Informationen aus der Bürgermeisterkonferenz habe der Kreistag keinen Anspruch, da es sich nicht um ein Beschlussgremium des Kreises handle, fährt Landrat Dr. Zwicker fort. Auf den Hinweis von Kreisausschussmitglied Lindenhahn, in der Konferenz seien Beschlüsse, etwa über die Anhebung der Kita-Gebühren, gefasst worden, stellt er klar, es würden lediglich vorbereitende Gespräche und interkommunale Absprachen durchgeführt. Außerdem müssten vertrauliche Diskussionen unter Ausschluss der Öffentlichkeit möglich sein. Die Bürgermeister würden in diesem Arbeitsgremium nicht nur die Meinung ihrer Räte, sondern auch ihre persönliche Meinung vertreten, bekräftigt Kreisausschussmitglied von Borczyskowski. Interne Absprachen zu ermöglichen und einen Vertrauensschutz zu bieten, sei sinnvoll.

Zudem sei es wichtig, zwischen Verwaltungs- und politischer Ebene zu unterscheiden. Der Landrat sei zur Übernahme bestimmter Aufgaben berufen worden und könne den Kreistag nicht über jedes seiner Gespräche unterrichten, ergänzen die Kreisausschussmitglieder Ballenthin und Steiner. Es habe nicht den Anschein, als würden Informationen gezielt verborgen gehalten. Die gute Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung zeige sich durch die häufig frühzeitige Information des Kreistags über bestimmte Angelegenheiten und Absprachen.

Politisch bedeutsame Informationen sowohl aus der Bürgermeisterkonferenz als auch aus den Abfragen bekomme der Kreistag stets als Sitzungsvorlage, konkrete Einzelfragen würden selbstverständlich beantwortet, sagt Landrat Dr. Zwicker zu. Dies ermögliche allein schon das Recht auf Akteneinsicht, bestätigt Kreisausschussmitglied Steiner.

Abschließend stellt Landrat Dr. Zwicker fest, es handele sich um eine Angelegenheit der Verwaltung, über die der Kreistag nicht zu entscheiden habe.

Punkt 15: Nebentätigkeiten des Landrats Dr. Kai Zwicker
Vorlage: 0003/2014

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Dr. Hörster

Landrat Dr. Kai Zwicker übergibt für diesen Tagesordnungspunkt die Sitzungsleitung an die erste stellvertretende Landrätin Sommers. An der Beratung nimmt er nicht teil.

Der Kreistag nimmt die von Landrat Dr. Kai Zwicker angezeigten Nebentätigkeiten zur Kenntnis.

Punkt 16: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 17: Anfragen

Punkt 17.1: Engpässe bei der Medikamentenversorgung

Kreisausschussmitglied Schöning schildert, er habe Kenntnis erlangt, dass derzeit verschiedene Apotheken Probleme hätten, bestimmte Medikamente – unter anderem Antibiotika – von den Herstellern geliefert zu bekommen. Er bitte um Mitteilung, ob dieses Problem der Kreisverwaltung bekannt sei.

Bisher habe er keine konkreten Informationen vorliegen, die Anfrage werde aber bis zur Kreistagssitzung beantwortet, antwortet Kreisdirektor Dr. Hörster.

Hinweis der Verwaltung:

Die Antwort der Verwaltung wurde in der Sitzung des Kreistags am 20.02.2014 als Tischvorlage zu TOP 17.2 ausgelegt.

Punkt 17.2: Anbau von Genmais

Die EU habe den Anbau von Genmais EU-weit zugelassen, stellt Kreisausschussmitglied von Borczyskowski fest. Er erkundigt sich, ob es eine Möglichkeit gebe, den Anbau im Kreisgebiet zu verhindern.

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick erklärt, eine Allgemeinverfügung zum Ausschluss des Genmais-Anbaus verstoße gegen Artikel 12 des Grundgesetzes. Die restriktiven Regelungen über die Zulässigkeit erschweren den Anbau aber ohnehin.

Die Kreisausschussmitglieder Ludwig und Schulte fragen an, ob alternativ die Bundesregierung eine untersagende Regelung treffen oder der Kreistag gegenüber der Landwirtschaft einen Verzicht auf den Anbau anregen könne.

Die deutschen Bauernverbände hätten eine ablehnende Haltung gegenüber Genmais, der Anspruch auf den Anbau bestehe jedoch für jeden Einzelnen, erläutert Landrat Dr. Zwicker.

Auf Vorschlag von Kreisausschussmitglied Steiner wird übereinstimmend vereinbart, dass die Anfrage an den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung verwiesen wird, wo insbesondere die Auswirkungen auf unseren Raum und die Möglichkeiten des Kreises näher thematisiert werden sollen.

Landrat Dr. Zwicker schließt die Sitzung.

gez.
Dr. Kai Zwicker

gez.
Katrin Gellenbeck